



Es ist eine Erweiterung der anderen Art:
Die EU stößt mit ihrem Satelliten-Programm
Galileo in den Weltraum vor.
Das soll die Unabhängigkeit vom
US-Programm GPS gewährleisten.

Aber neben der Navigation für das
Verkehrswesen ist auch eine
militärische Nutzung vorgesehen.
Das Projekt stand finanziell lange auf der
Kippe. Steuergelder brachten die Lösung

Galileo soll für Europa die Unabhängigkeit sichern

Bis zum Jahr 2013 will die EU mit einem eigenen Satelliten-System der USA Konkurrenz machen / Vielfältige Anwendungen

Von Giorgio Tzimurtas

Es ist eine Erweiterung der anderen Art: Mit dem Satellitensystem Galileo dehnt sich die Europäische Union (EU) bis in den Weltraum aus. Bis zum Jahr 2013 sollen die 30 Flugkörper des Programms ins All geschickt werden. In einer Höhe von 24 000 Kilometern kreisen sie dann im Orbit, senden Daten an die rund um den Globus verteilten europäischen Bodenstationen – sofern alles nach Plan läuft für das größte Industrieprojekt Europas, das auch für rund 150 000 neue Arbeitsplätze sorgen soll.

Die Palette der beabsichtigten Anwendungen von Galileo jedenfalls ist breit gefächert. Eine Hauptrolle dürfte dabei der Verkehr spielen. Ob Straße, Schiene, Luft oder See – Galileo soll orten und navigieren. Bislang haben die USA auf diesem Gebiet ein Quasi-Monopol mit ihrem GPS genannten Satellitensystem, das auch deutsche Autofahrer, die mit einem Navigationsgerät ausgestattet sind, von A nach B dirigiert. Doch wird dieses vom US-Militär kontrolliert – ebenso wie das russische Satellitensystem Glonass, dessen Potenzial sich aus wirtschaftlichen Gründen allerdings aktuell nicht voll entfaltet.

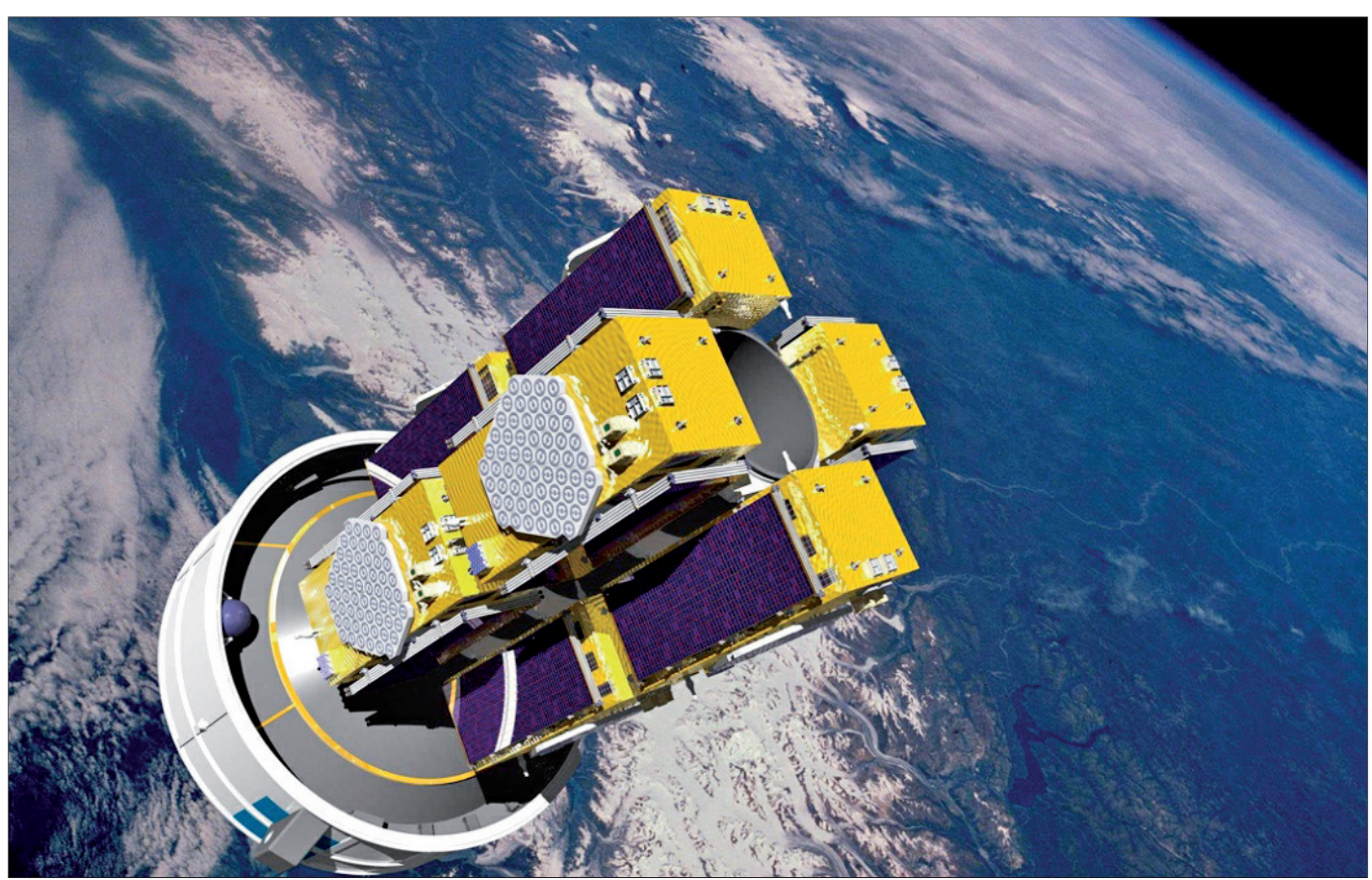
Und während China und Indien ihre eigenen Satellitenprogramme vorantreiben, stellte sich für die EU diese politische Grundsatzfrage: „Wollen wir in diesem Bereich weiter von den USA abhängig sein, während andere Staaten ihre eigenen Satellitenprojekte aufbauen?“ – So bringt Angelika Niebler (CSU/EVP), Vorsitzende des für Galileo zuständigen Industrieausschusses im EU-Parlament, die Situation auf den Punkt. Am 23. April gaben die

EU-Abgeordneten in Straßburg schließlich mit einem massiven Votum den Startschuss für Galileo, mit 607 Stimmen gegen 36. Doch war dies nicht die ursprüngliche Initialzündung. Denn Galileo wurde bereits im Jahre 2000 von den Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen. Damals allerdings als sogenanntes PPP-Projekt, bei dem das Geld sowohl von der öffentlichen Hand als auch von der Privatwirtschaft beigesteuert wird. Aber es stellte sich

heraus: „Die Privaten waren nicht gewillt, das finanzielle Risiko einzugehen“, sagt die EU-Parlamentarierin Niebler über die Lage im Mai 2007. Die EU-Kommission musste die Verhandlungen mit einem Industriekonsortium um den Luftfahrtkonzern EADS für gescheitert erklären. Die Unternehmen hatten bestimmte Vorgaben schlichtweg nicht erfüllt.

Niebler: „Wir haben im Herbst 2007 entscheiden müssen: Machen wir aus Galileo nun ein öffentliches Projekt oder nicht?“ Die überwältigende Mehrheit der EU-Abgeordneten entschied sich dann für die Finanzierung aus Steuermitteln. Denn wie auch Niebler waren sie der Ansicht: „Das ist ein industriepolitisch und strategisch herausragendes Projekt“. Dabei geht es um 3,4 Milliarden Euro, die nach den derzeitigen

Planungen noch investiert werden müssen – neben den bereits zuvor ausgegebenen 1,5 Milliarden Euro, die unter anderem die Testsatelliten Giove A und B sowie die bereits gefertigten vier Galileo-Satelliten verschlungen haben. Niebler: „Wir haben auch jetzt keine Garantie, dass sich das Galileo-Projekt rechnet, sobald die Infrastruktur steht. Allerdings sehe ich doch gute Chancen für einen kommerziel-



Daten aus dem Weltraum Richtung Erde für eine breite Palette an Anwendungen: Galileo-Satellit im Orbit.

Foto: dpa



Das Projekt im Modell: 30 Satelliten umfasst das Galileo-Programm mit Bodenstationen rund um den Globus.

Foto: dpa

len Erfolg vor allem bei der Vermarktung von Galileo-Anwendungen.“ Die Finanzierung läuft jetzt komplett über Steuergelder als Gemeinschaftsaufgabe aller 27 EU-Staaten (s. unten). Anfang Juli gab EU-Verkehrskommissars Antonio Tajani grünes Licht für das neue Ausschreibungsverfahren. Dieses verläuft

über mehrere Stufen und zieht sich voraussichtlich bis zum Herbst. „Nach dem Willen des Europäischen Parlaments sollen 40 Prozent der Aufträge in Form von Unteraufträgen an kleine und mittlere Unternehmen vergeben werden. Die großen Anbieter kommen ohne die Zulieferung kleinerer Unternehmen

nicht aus“, erklärt Niebler das Novum einer Quote für die mittelständische Beteiligung. Und aus Sicht des SPD-Abgeordneten Matthias Groote aus Rhaderfenn handelt es sich bei dieser Maßnahme um eine geradezu „revolutionäre Neuerung“.

Dass es nach langer Odyssee in Geldfragen doch noch zu einem guten Ende für Galileo kam, mag vor allem auch daran liegen, dass die EU sich fest entschlossen zeigt, weltweit eine immer wichtigere Bedeutung zu erlangen. Der deutsche Industrie-Kommissar Günter Verheugen etwa sagt: „Es ist immer anerkannt worden, dass ein eigenes europäisches Satellitennavigationssystem absolut notwendig ist. Einmal wegen der Sicherheit. Zum anderen aber auch wegen der Anwendungsmöglichkeiten, die sich daraus ergeben.“ Der Nutzen des Galileo-Projektes, das vermutlich weitaus präziser

als das US-System GPS funktionieren wird, soll über die Navigationshilfe weit hinaus reichen. So ist auch ein Einsatz für die Landwirtschaft, den Umweltschutz, das Rettungswesen, die Telekommunikation, Finanztransfers und in der Raumplanung vorgesehen. Ebenso kam am 10. Juli per Beschluss des EU-Parlaments eine Anwendung für militärische Zwecke zustande – aber unter ziviler Kontrolle. Der Grund: „Europa wird künftig weltweit mehr Verantwortung bekommen, etwa in Friedensmissionen“, erklärt der SPD-Abgeordnete Groote. Und der CDU-Außenexperte des EU-Parlaments, Elmar Brok, sieht in Galileo ein wichtiges Instrument, damit die EU sich zu einer „Soft Power“, zu einer „sanften Macht“, von globaler Bedeutung entwickeln kann. Auch dies ist eine EU-Erweiterung der anderen Art.

ZUM THEMA

Ein hartes Ringen um Finanzierung, Mitsprache und Kontrolle

CSU-Europaabgeordnete federführend bei finanzieller Rettung von Galileo / Mayer: Überschüsse aus Agrartöpfen halfen

Brüssel (gio) – Nein, Galileo sollte nicht sterben. Zu wichtig war das EU-Satelliten-Projekt. Als die Industrie kalte Füße als Partner angesichts möglicher wirtschaftlicher Risiken bekam (s. Text oben), beschloss das EU-Parlament im Herbst 2007 eine reine Finanzierung über Steuergelder. Federführend bei den Verhandlungen in alle Richtungen zur Rettung des größten Industrievorhabens Europas war die EU-Abgeordnete Angelika Niebler (CSU), die dem Indus-



Freude über geglückte Mischfinanzierung: Die EU-Abgeordneten Angelika Niebler (CSU) und Hans-Peter Mayer (CDU)
Foto: Tzimurtas

trieausschuss vorsitzt. Satte 3,4 Milliarden Euro mussten aufgebracht werden. Die Lösung nach langem Streit: Große Teile der Riesensumme mussten an anderen Stellen Stück für Stück aus den Ressortetats abgezwickelt werden. „Wir hatten Sorge, dass darunter Projekte leiden, die wir genauso intensiv unterstützen wollen“, erläutert Niebler. Dann aber kam doch eine „ganz gute Mischfinanzierung“ zustande, „bei der auch die Kommission aus ihrem Haushalt, mit dem sie

die Agenturen finanziert, ihren Beitrag leistet.“ Alle 27 EU-Staaten sind als Geldgeber beteiligt. Einer der glücklichen Umstände: Der Agrarhaushalt hatte Überschüsse. Also wurden die Gelder nicht an die Mitgliedsstaaten zurückgeleitet, sondern sie flossen in das Galileo-Programm, wie der Vechtaer EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU) erläutert. „Die fehlenden 2,4 Milliarden Euro werden zu zwei Dritteln aus EU-Agrartöpfen kommen“, sagt Niebler. Ein hartes

Ringens gab es auch um die Einbindung des EU-Parlaments bei der weiteren Projektabwicklung. Nach fünf Verhandlungsrunden mit der Kommission stand fest: Auch Abgeordnete werden im Gremium GIP (Galileo Interinstitutional Panel) sitzen und ihre Kontrollfunktion ausüben. Niebler: „Es kann zum Beispiel nicht sein, dass man das Projekt in die öffentliche Verantwortung bringt und dann zwei oder drei große Anbieter ausgemauschelt werden.“